Wildbader Tagblatt

(Enztalbote)

Amtsblatt für Wildbad. Chronik und Anzeigenblatt für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- u. Feiertags. Bezugspreis v. 21.—28. November: 40 Gold-Pfg. frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im innerdeutschen Verkehr .... zuzügl. Postbestellgeld. Einzelnummern 23500 000 000 M. Girokonto 50 b. d. Oberamtssparkasse Neuenbürg, Zweigstelle Wildbad. Bankkonto: Enztalbank Komm.-Ges. Häberle u. Co. Wildbad. Postscheckkonto Stuttgart Nr. 29174.

Anzeigenpreis: Die einspaltige Petitzeile oder deren Raum i. Bez. Grundpr. 126.-, außerh. 15 einschl. Ins.-Steuer. Reklamezeile 30 ₰. Schlüsselz. 1000 Milliarden Rabatt nach Tarif. Für Offert. u. b. Auskunfterteilung werden jew. 1 Milliarde mehr berechnet. Schluß der Anzeigenannahme: täglich 8 Uhr vorm. In Konkursfällen oder wenn gerichtliche Beitreibung notwendig wird, fällt jede Nachlaßgewährung weg.

Druck der Buchdruckerei Wildbader Tagblatt; Verlag und Schriftleitung Th. Gack in Wildbad.

Nummer 276 | Fernruf 179 | Wildbad, Montag, den 26. November 1923 | Fernruf 179 | 58. Jahrgang

Der Zeigner-Skandal

Auch eine „politische Laufbahn"

Aus Dresden schreibt mir ein gelegentlicher Mitarbeiter: Wenn einer verhaftet wird, sagen viele: „Wir haben es schon lange gewußt." Auch wenn sie gar nichts wußten! Im Fall des entlarvten Exministers Dr. Zeigner kann man aber wirklich nur staunen und sich wundern, wie lange dieser Volksverführer seiner Partei, dem sächsischen Parlament und der ganzen deutschen Oeffentlichkeit Sand in die Augen streuen konnte, bis man dahinter kam, welche Sumpfblume der Verderbnis und des politischen Skandals da aufgegangen war.

Es ist das Unglück Deutschlands zu allen sonstigen Nöten, daß ihm heute die geborenen Führer fehlen, und daß deshalb zeitweise Gestalten von solcher inneren Unwahrhaftigkeit eine bestimmende Rolle spielen können, wie dieser gestürzte und nun gemeiner Amtsverbrechen beschuldigte Ministerpräsident Zeigner es ist. Zeigner kam wie ein Komet. Aber er entstieg nicht der Politik, sondern er hatte sich in diese Lebensaufgabe hineingeschwindelt. Er war bis nach der Revolution weder Politiker noch Sozialist, sondern gehörte als „moderner" und „interessanter" Jurist dem Dresden-Hellerauer Kreis von Aestheten und Intellektuellen an, die sich im luxuriösen Salon der vielgenannten Zeigner-Villa der Schöngeistigkeit und Musikliebhaberei hingaben.

Die Entwicklung Zeigners zur Politik erfolgte ganz literatenhaft durch eitle Selbstbespiegelung. Durch seine gesellschaftlichen Talente — die Gattin spielte bei diesem Aufstieg eine Hauptrolle — und durch ein süßliches Wesen im persönlichen Verkehr gewann er urteilslose Freunde und Anhänger in großer Zahl. Ganz von selbst, aber zeitlich recht spät ergab sich in Sachsen für den strebsamen Literaten und Landgerichtsrat die Spekulation auf den Sozialismus. Kaum war Dr. Zeigner eingetragenes Mitglied der sozialdemokratischen Partei, da erfolgte am 1. Juli 1921 seine Ernennung zum Justizminister. Schon damals hätte man bei einiger Aufmerksamkeit entdecken können, worauf es diesem sonderbaren Staatsmann ankam: nicht auf Pflichterfüllung im Dienst des Volks, sondern auf persönliche Macht und Bereicherung. Dieser Minister der staatlichen Gerechtigkeit umgab sich mit Spitzeln und bedenklichen Persönlichkeiten aller Art. Er bildete ein System von Schnüffelei und Angaben aus, das jeder Beschreibung spottet und dahin führte, daß die aufrechten Elemente in Scharen den Justizdienst verließen. Dazu kam das Zeignersche Amnestiegesetz, das eigentlich fast allen Vergehen und Verbrechen Straffreiheit gewährte. In einem einzigen Jahr verfügte Zeigner mehr 19 000 Begnadigungen, und der Bestechungsprozeß, der jetzt anhebt, soll erweisen, wieviel Gänse, Mehl- und Zuckersäcke, Schmucksachen, Bargeld usw. einzelne Begnadigungen dem Zeignerschen Privathaushalt eingetragen haben.

Aber niemand merkte damals etwas, und Zeigner wurde Ministerpräsident. Mit seinem linksradikalen Anhang brachte er die sächsische Sozialdemokratie vollständig unter die Botmäßigkeit der Kommunisten. In den vertraulichen Sitzungen der Partei kam es zu den heftigsten Auseinandersetzungen. Zeigner spielte dabei, ohne daß seine Genossen es ahnten, durch geschickte Verräterei an die Presse eine Gruppe gegen die andere aus. Als man hinter die Vertrauensbrüche kam und das Material für den Bestechungsprozeß bekannt wurde, legten die politischen Freunde Zeigners auf seinen Fraktionsplatz im Landtag einen — Revolver. Aber Zeigner erschien dort nicht mehr. Sein Nachfolger im Amt der Gerechtigkeit, Justizminister Neu, hatt die Angelegenheit dem Leipziger Oberstaatsanwalt zur Durchführung übergeben, und dieser verfügte die Verhaftung Zeigners. Das Verhängnis ist über einem Schädling zusammengebrochen, den noch vor kurzem die französische Presse wegen seiner Katastrophenreden gegen Reichsregierung und Reichswehr als den „einzigen Staatsmann Deutschlands" pries. -er.

Warenerzeugung und Warenpreise

Mit Stolz weisen Lokalpatrioten, kommunale Steuerpolitiker und nicht selten auch Volkswirtschaftler, die doch tiefer blicken sollten, auf die aus der gewerblichen Statistik sich ergebende Tatsache hin, daß die Zahl der Handelsbetriebe sich nach dem Krieg beträchtlich erhöht habe, sehen darin ein „erfreuliches Zeichen" und folgern daraus ein „Aufblühen" der deutschen Volkswirtschaft. So ist nach dem letzten statistischen Jahrbuch der Stadt Köln die Zahl der handelsgewerblichen Betriebe in Köln von insgesamt 5295 im Jahr 1913 auf insgesamt 13 820 im Jahr 1921 gestiegen. Im Reich stieg die Zahl der handelsgewerblich sich betätigenden Gesellschaften m. b. H. von 5300 am 1. Oktober 1909 (altes Reichsgebiet) auf 14 500 am 31. Dezember 1920 (neues Reichsgebiet). Ueber Gründung von Einzelfirmen, die also nicht Gesellschaftsform haben, waren den oben angeführten Kölner Zahlen entsprechende Zahlen nicht zu ermitteln. Aus der Erfahrung heraus kann aber gesagt werden, daß wenn z. B. die Gesellschaften m. b. H. sich in Preußen von 1914 bis 1921 mehr als verdoppelt haben, die Zahl der Neugründungen von Einzelfirmen in demselben Zeitraum mindestens wohl das drei- bis vierfache betragen haben mag. Betrachtet man daneben in dem zur Verfügung stehenden statistischen Material die Zahl der tatsächlich erzeugenden Unternehmungen, so muß man feststellen, daß diese sich kaum oder nur unwesentlich vermehrt haben. Einer gleichgebliebenen Zahl erzeugender Unternehmungen steht also eine mindestens verdreifachte Zahl von Betrieben gegenüber, die mit den von jenen erzeugten Gütern Handel treiben.

Setzen wir den (vielleicht zu günstigen) Fall, daß die Erzeugung der deutschen Volkswirtschaft nach dem Krieg nur um die Hälfte zurückgegangen sei, und nehmen wir an, daß die Zahl der Handelsbetriebe sich bloß verdreifacht habe, so ergibt sich, daß an einer gegen der Friedenszeit nur noch halb so großen Warendecke dreimal so starke Kräfte zerren. Daß schon dieses Mißverhältnis von Angebot und Nachfrage zu einem Anziehen der Preise führen muß, ist selbstverständlich; um wie viel größer muß die Preissteigerung aber erst sein, wenn das Mißverhältnis auf 1:6 anwächst.

Bis hierher war vorausgesetzt, daß die in der Volkswirtschaft umlaufende Geldmenge unverändert geblieben ist, hat aber eine Inflation stattgefunden, so wäre eine Preissteigerung auch dann eingetreten, wenn die Gütermenge dieselbe geblieben und auch die Zahl der Händler nicht gestiegen wäre. Nach dem eben Dargelegten wirken also steigernd auf den Preis 1. die um die Hälfte gesunkene Gütermenge, 2. die sechsmal so große Nachfrage der Händler, 3. die Inflation.

Normale Befriedigung der Nachfrage der Händler in Friedenszeiten vorausgesetzt, bedeutet tatsächlich das Sinken der Erzeugung auf die Hälfte und das Ansteigen der Zahl der Händler auf das Dreifache, eine Verminderung der Erzeugung auf ein Sechstel der Friedensmenge. Der wirkliche Verbrauch der letzten Konsumenten bleibe hier zunächst aus dem Spiel. Die versechsfachte Nachfrage erweckt den „Anschein", „als ob" in den Händen der Nachfrager tatsächlich auch eine versechsfachte Geldmenge sich befände. Jeder der Händler-Nachfrager ist bemüht, den verknappten Warenvorrat ganz oder zu einem großen Teil für sich allein zu gewinnen. Denn er läuft ja bei der verringerten Erzeugung nicht Gefahr, auf den gekauften Waren sitzen zu bleiben. Es bildet sich Kettenhandel heraus. Die Kette wird um so länger, je knapper die Ware und je größer die Zahl der Händler ist. Es braucht nicht eigens dargelegt zu werden, in welcher Weise die Ware sich auf diesem Weg durch sechs Hände verteuern muß, auch wenn sie an ihrem ursprünglichen Lagerort verbleibt, und welche Aufschläge außerdem darauf kommen, wenn sie auch nur zwei oder dreimal ihren Lagerort verändert.

So erklärt sich aus verminderter Erzeugung und vermehrter Händlerschaft die Erscheinung des vielbefehdeten Schiebers volkswirtschaftlich ganz natürlich. Wuchergerichte können nur ein Behelfsmittel sein. Die positive Maßnahme zu seiner Verdrängung ist Erhöhung der Warenerzeugung, eine der negativen Maßnahmen (die auch angewandt worden ist) dagegen Beschränkung der Gewerbefreiheit durch Einführung der Handelserlaubnis. Daß diese Maßnahme von keinem wesentlichen Einfluß gewesen, beweist das Anwachsen der Zahl der Händler trotz allem dem.

Aus dem Gesagten erklärt sich auch leicht, weshalb die Preise in Deutschland vielfach über den Weltmarktpreisen liegen. Es ist nicht immer die Verteurung der Erzeugung allein daran schuld, der Ueberfluß der Menschen in Deutschland warf sich auf den Handel, und das deutsche Volk zahlte ihnen in den hohen Warenpreisen eine versteckte Arbeitslosenunterstützung, aber im Gegensatz zu der offenen eine sehr reichliche.

Nicht unerwähnt darf bleiben, daß der Schieber in der fortgesetzten Inflation und in der damit verbundenen Flucht auch des letzten Verbrauchers in die Sachwerte einen ausgezeichneten Helfer hat. Hätte auch für den kleinen Mann eine wertbeständige Sparmöglichkeit bestanden, so wäre das Geschäft des Schiebers längst nicht so einträglich und sicher gewesen, wie das tatsächlich der Fall war und leider noch ist. Die Einführung einer festen Währung wird die „Uebersetzung" der deutschen Volkswirtschaft durch die Händlerschaft erst recht offenbaren. Zusammenbrüche der nicht notwendigen und nicht genügend kapitalkräftigen Firmen werden die Folge sein müssen.

Tagesspiegel.

Nachdem der Abg. v. Kardorff die Kabinettsbildung abgelelehnt hat, hatte der Reichspräsident eine Besprechung mit dem Reichsminister a. D. Albert, in deren Verlauf dieser den Auftrag der Kabinettsbildung (Geschäftsministerium) übernahm.

Das Verfahren wegen der Vorgänge vom 8. bis 9. November ist bereits bei den bayerischen Justizbehörden anhängig. Eine Auslieferung der Beteiligten an den Staatsgerichtshof der Republik findet nicht statt.

Die Schiffsverluste Deutschlands

Ueber den Wiederaufbau unserer durch den Ausgang des Kriegs zerstörten Handelsflotte sind im Ausland und teilweise auch im Inland falsche Auffassungen verbreitet. Wie es damit in Wirklichkeit bestellt ist, zeigt eine Ausarbeitung in der Zeitschrift Schiffsfrachtendienst Nr. 15 Jahrgang 1923, die nachweist, daß Deutschlands Handelsflotte mit einer Liste, in der die Bevölkerung der Schiffahrt treibenden Länder mit der Nettotonnage der Seeschiffe des betreffenden Landes verglichen wird, der Größe nach erst an zwanzigster Stelle steht. In der Tonnenzahl figurieren der Reihe nach 1914: 1. Großbritannien mit 18 877 000 To., 2. Deutschland mit 5 098 000 To., 3. Norwegen mit 1 923 000 To., 4. Frankreich mit 1 898 000 To., 5. Vereinigte Staaten von Nordamerika 1 837 000 To., 6. Japan 1 642 000 To., 7. Holland 1 471 000 To., 8. Italien 1 428 000 To., dagegen 1923: 1. Großbritannien 19 077 000 To., 2. Vereinigte Staaten von Nordamerika 12 416 000 To., 3. Japan 3 402 000 To., 4. Frankreich 3 265 000 To., 5. Italien 2 788 000 To., 6. Holland 2 606 000 To., 7. Deutschland 2 490 000 To., 8. Norwegen 2 299 000 To. Der Aufschwung der aufgerückten Länder ist also auf Kosten Deutschlands (und Oesterreichs) erfolgt, denn Norwegens Flotte hat gegen 1914 um 35 v. H. zugenommen. Den geringsten Aufschwung weist Großbritannien auf, dessen Flotte um nur etwa 5 v. H. zugenommen hat, wenn man die Kolonien mitrechnet (sonst nur 1 v. H.). Deutschlands Verluste sind ganz ungeheuer. Es hat über die Hälfte seiner Vorkriegsflotte noch nicht aufbauen können, und wie dringend dies nottut, wird ersichtlich, wenn man die Nettotonnage der Handelsmarine jedes Landes auf 1000 Einwohner betrachtet. In der Schiffahrtszeitung hat es ein Mitarbeiter unternommen, diese Zahlen zu berechnen (für Segelschiffe sind 3,6 Tonnen einer Dampfertonne gleichgestellt). Die Liste sieht folgendermaßen aus, in Nettotonnage auf 1000 Einwohner: Norwegen 455, Großbritannien und Irland 274, Niederlande 193, Dänemark 171, Schweden 126, Vereinigte Staaten 98, Griechenland 64, Frankreich 53, Belgien 44, Italien 40, Finnland 38, Japan 35, Spanien 30, Portugal 25, Chile 17, Lettland 16, Estland 13, Argentinien 11, Brasilien 9, Deutschland 6, Rumänien 3, China 0,3. Man sieht, Deutschland steht an 20. Stelle in der Welt. Das Ergebnis ist für Deutschland geradezu niederschmetternd, um so mehr, als Deutschland mit seinen Schiffen auch die Tschecho-Slowakei, Ungarn, Deutschösterreich, Polen usw. mit zu versorgen hat.

Rentenmark, Reich und Privatwirtschaft

Die Ausgabe

Von der sehnlichst erwarteten Rentenmark sind, wie uns mitgeteilt wird, bis jetzt etwa 350 Millionen Mark zur Verfügung gestellt, ein Betrag, der fast doppelt so groß ist wie der Goldmarkwert der bisher umlaufenden Papiermark. Der Betrag, der in den Verkehr gelangt ist, ist allerdings weit geringer. Gegenwärtig handelt es sich vor allem darum, die Postverwaltung zu beliefern, die ihre 15 000 Postanstalten erst mit einem Stock von Rentenmark versehen muß, ehe sie ihren Postanweisungs- und Postscheckverkehr auf Rentenmark umstellt. Auch Eisenbahnen und Reichskassen, sowie die sonstigen öffentlichen Kassen und Banken müssen mit einem Stock an Rentenmark versehen werden, um die Auszahlung von Gehältern und Löhnen in Rentenmark durchführen zu können. Am schnellsten wird sich die Postverwaltung umstellen, und zwar dürfte dies bereits in wenigen Tagen der Fall sein. Da im Tag 40 Millionen Rentenmark hergestellt werden, so kann Ende des Monats wohl der Verkehr in Rentenmark im Gang sein. Man glaubt, daß der dann zur Verfügung stehende Betrag im allgemeinen ausreichen wird, zumal dann auch die Banken Rentenmarkkonten eingerichtet haben werden, so daß sich der Scheckverkehr, der jetzt fast ganz eingeschlafen ist, wieder beleben wird und damit eine Verminderung des Zahlungsmittelbedarfs eintritt.

Rentenmarkscheine zu 1, 5, 10 und 50 Mark sind bereits ausgegeben, in Vorbereitung sind Scheine über 100, 500 und

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

1000 Mark. Die Herstellungsmenge ist zunächst nach dem Friedensschema geregelt worden, doch hat sich herausgestellt, daß die Scheine zu 50 Mark vielfach in solche zu 10 und 5 Mark umgetauscht werden, weil sich der Verkehr heute — schon wegen des Fehlens der Silbermünzen — auf die kleinen Scheine eingestellt hat. Daher wird die Zahl der kleinen Noten vermehrt und die großen vermindert werden müssen. Die Rentenpfennige sollen, wie bereits berichtet wurde, in einer Menge von 1 Mark auf den Kopf ausgeprägt werden. Von der Schaffung von Aluminiummünzen hat man abgesehen, weil diese wegen ihrer Leichtigkeit zu sehr den Charakter von Spielmarken tragen.

Mitte Dezember dürfte der ganze Zahlungsmittelbedarf an Rentenmarkscheinen und Rentenpfennigen gedeckt sein.

Das Reich und die Rentenmark

Mit dem Beginn der Ausgabe von Rentenmarkscheinen ist bekanntlich die Diskontierung von Reichswechseln bei der Reichsbank eingestellt worden. Sie hat eine Höhe von nicht weniger als 191 Trillionen Papiermark erreicht. Rechnet man diese zum heutigen amtlichen Kurs von 1 Rentenmark gleich 1 Billion Papiermark (der Weltmarktkurs ist bekanntlich viel niedriger) um, so ergibt sich, wenn der Kurs des Dollars bezw. der Goldmark (und die Rentenmark ist eine Goldmark) nicht weiter steigt, daß das Reich eine Schuld von 191 Millionen Goldmark bei der Reichsbank hat. Zwecks Ablösung der Schatzwechsel bei der Reichsbank sind dem Reich aber 300 Millionen unverzinsliche Rentenmark seitens der Rentenbank zu gewähren. Bisher ist dem Reich ein Betrag von 100 Millionen Mark hierauf zur Verfügung gestellt, so daß also die Hälfte der auf Grund von Reichswechseln umlaufenden Papiermarknoten der Reichsbank eingelöst werden kann. Die gesamten dem Reich zur Verfügung gestellten unverzinslichen 300 Millionen Rentenmark werden jedoch nur zu rund zwei Drittel zur Abdeckung der Wechsel bei der Reichsbank benötigt. Ferner ist dem Reiche gesetzlich ein verzinslicher Kredit in Höhe bis zu 900 Millionen Rentenmark eingeräumt, über dessen Gewährung der Verwaltungsrat der Rentenbank im einzelnen zu bestimmen hat. Das soll, wie bereits mitgeteilt, nur nach Aufstellung des Reichshaushaltplans in Goldmark und genauer Prüfung der Verhältnisse erfolgen. Von diesem Betrag von 900 Millionen hat das Reich bereits 200 Millionen erhalten, und neuerdings noch 150 Millionen Rentenmark. Außerdem sind für Rhein u. Ruhr 100 Millionen Rentenmark gewährt, die aber nicht in Rentenmark zur Auszahlung gelangen, sondern lombardiert werden, wofür das Reich also Papiermark erhält und weitergibt. Damit würde, wenn das Reich die ganzen 100 Mill. Rentenmark in der Form von Papiermark zum heutigen Kurs von 1 Billion Papiermark für eine Rentenmark in das besetzte Gebiet bringt, der vor einiger Zeit genannte 300-Trillionen-Papiermark-Umlauf erreicht sein, wenn nicht inzwischen durch die Einlösung von Papiermark in Rentenmark der Umlauf an Papiermark sich verringert. Aber die Zusammendrängung der dann noch umlaufenden Papiermark im besetzten Gebiet allein muß dort den Wert der Mark noch weiter herabdrücken, so daß möglicherweise noch mehr Papiermark als 100 Trillionen gegeben werden müßten. Inzwischen wird ja nun eine besondere Notenbank für das besetzte Gebiet errichtet werden, so daß auch dort das Einströmen weiterer Papiermarkfluten hoffentlich nicht die gefährliche Höhe erreichen wird, sonst würde die Papiermark noch weiter sinken, was natürlich für ihre letzten Tage im ganzen Reich ein noch wertloseres Dasein bringen würde.

Die Gehaltszahlung

Von den 900 Millionen verzinsliche Rentenmark sind also bereits vom Reich 450 Millionen, d. h. die Hälfte, in Anspruch genommen. Es entsteht nun die Frage, wie groß der Bedarf des Reichs zum nächsten Monatszahltermin ist. Bei dem jetzigen Verfahren der kurzfristigen Zahlung von Gehältern ist naturgemäß der Bedarf an Zahlungsmitteln geringer. Will man aber wieder zu langfristigen Zahlungsperioden zurückkehren, so wird der Bedarf an Zahlungsmitteln geringer. Will man aber wieder zu langfristigen Zahlungsperioden zurückkehren, so wird der Bedarf an Zahlungsmitteln selbstverständlich steigen. Es sei daran erinnert, daß wir im Frieden einen Zahlungsmittelumlauf von schätzungsweise 5—6 Milliarden, vielleicht aber auch weniger hatten, da man über die Menge der umlaufenden Goldmünzen nicht genau unterrichtet war. Immerhin schätzte man die Kassenhaltung auf ungefähr 70—80 Mark pro Kopf. Allein der Umlauf an Silbermünzen belief sich auf rund 20 Mark pro Kopf. Selbst wenn die Kassenhaltung der Privatpersonen heute zunächst außerordentlich niedrig wird und man zu den ganz langen Zahlungsfristen von einem Vierteljahr zunächst noch nicht zurückkehrt, so ist doch immerhin mit einem Zahlungsmittelbedarf von vielleicht 40 bis 50 Goldmark pro Kopf zu rechnen, so daß ein Umlauf in Höhe von 2,5 bis 3 Milliarden nicht zu groß sein würde. In dieser ungefähren Höhe gehalten würde das neue Geldzeichen seinen Wert nicht verlieren können.

Rentenmark und Privatwirtschaft

Selbstverständlich können nun nicht etwa dem Reich über den bewilligten Betrag von 1,2 Milliarden hinaus noch weitere Zahlungsmittel darlehnsweise zur Verfügung gestellt werden, vielmehr muß auch der private Wechsel wieder eine Stelle finden, wo er diskontiert wird. Auch hiefür ist aus den gleichen Gründen ein größerer Bedarf an Zahlungsmitteln erforderlich, denn durch die heute beinahe tägliche Entlohnung ist eine Belastung der Betriebe eingetreten, die unmöglich noch länger ertragen werden kann wegen der damit verbundenen sogenannten „toten" Arbeit. Es wird also so schnell als möglich auch mit der Diskontierung von Privatwechseln begonnen werden, sobald die Bedingungen hiefür von der Reichsbank festgesetzt sind. Für diesen Zweck hält die Reichsbank 1,2 Milliarden Rentenmark zur Verfügung. Damit erst wird die Rentenmark zu dem Instrument der Wirtschaft werden, dessen diese so dringend bedarf. Ohne ein wertbeständiges Geldzeichen, das wieder eine sichere Kalkulation erlaubt, würde der Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft einfach unmöglich sein. Nicht zum wenigsten ist der Zusammenbruch der Papiermark schuld an vielen Auswüchsen in unserem Wirtschaftsleben. Diese werden von selbst verschwinden und damit auch die Existenzen, die sich davon nährten. So wird das wertbeständige Geld zu einem Segenszeichen der Wirtschaft werden.

Deutscher Reichstag

Das Vertrauen abgelehnt. Rücktritt des Kabinetts Stresemann

Berlin, 23. Nov.

Schlußbericht. Abg. Rosenfeld (Soz.) bringt Beschwerden über die Handhabung des Ausnahmezustands in Sachsen und Thüringen vor und erhebt Einspruch gegen das Verbot der Kommunistischen Partei. Abg. Frölich (Kommun. Ministerpräsident in Thüringen): Die Kommunisten pfeifen auf das Verbot. Er fordert die Massen zum bewaffneten Widerstand auf. Abg. Wegmann (bei keiner Fraktion) verlangt die Räumung Sachsens und Thüringens durch die Reichswehr. Abg. Henning erklärt, seine Partei hatte den Sieg Hitlers gewünscht. Das sei aber noch kein Grund, die Partei aufzulösen. Mit Bajonetten werde man die Bewegung nicht hemmen.

Da viele Abgeordnete an der Beerdigung des Reichsbankpräsidenten Havenstein teilnahmen und der Saal starke Lücken aufweist, vertagt der Präsident die Sitzung von 7 auf 7.30 Uhr. Nach Wiederaufnahme der Sitzung bringt der Präsident den **Vertrauensantrag** der Deutschen Volkspartei, des Zentrums und der Demokraten zu namentlicher Abstimmung.

Es werden 392 Karten abgegeben. Für den Antrag stimmen nur die drei Parteien mit 155 Stimmen. Dagegen sind 230 Stimmen, 7 (blaue) Karten des Bayerischen Bauernbunds und einiger Abgeordneten der Bayerischen Volkspartei zeigen Stimmenthaltung an. Das Vertrauen ist demnach mit starker Mehrheit abgelehnt. Der Reichskanzler und die Reichsminister verlassen den Saal.

Es finden weitere Abstimmungen statt. Ein Antrag der Sozialdemokraten und Kommunisten, die Ausnahmeverordnung des Reichspräsidenten aufzuheben, wird gegen die Stimmen der bürgerlichen Parteien abgelehnt.

Ein kommunistischer Antrag auf Aufhebung der Zeitungsverbote und des Oberbefehls des Generals v. Seeckt und Einsetzung eines Untersuchungsausschusses gegen die Reichswehr wird abgelehnt.

Der weitere kommunistische Antrag, das Hochverratsverfahren gegen v. Kahr, Lossow, Ludendorff, Oberst Seißer und Hitler einzuleiten, wird mit 193 gegen 166 Stimmen abgelehnt. Dafür stimmen auch die Sozialdemokraten, der größere Teil der Demokraten und Frau v. Oheimb (D. V.).

Abgelehnt wird endlich ein Antrag, das Verbot der Kommunistischen Partei aufzuheben. Präsident Löbe schließt die Sitzung 8.15 Uhr mit dem Bemerken, er werde die nächste Sitzung einberufen, wenn die Folgerungen aus der heutigen Sitzung gezogen seien.

*

Rücktrittserklärung Stresemanns

Berlin, 24. Nov. Reichskanzler Dr. Stresemann begab sich nach der gestrigen Reichstagssitzung zum Reichspräsidenten und übergab ihm die Rücktrittserklärung des Kabinetts, die angenommen wurde. Stresemann wird die Geschäfte bis zur Neubildung weiterführen. Darauf besprach sich der Reichspräsident mit den Führern der Parteien.

* * *

Die Zeit des leeren Raumes

Berlin, 25. Nov. Die Blätter stellen mehr oder weniger geistreiche Betrachtungen an, was nun werden soll, nachdem das „letzte parlamentarische Kabinett" zurückgetreten ist. Die „B. Z." berichtet, die Besprechungen der Parteiführer beim Reichspräsidenten seien ganz ergebnislos verlaufen. Die Berufung des Reichsschatzministers Albert wurde abgelehnt. Es scheint ihm nicht verziehen zu sein, daß er im Krieg als Botschaftssekretär in Amerika in heiterer Stimmung seine Mappe mit den wichtigsten Aktenstücken verlor, die dann so sehr gegen Deutschland ausgebeutet wurden. Die beiden anderen vorgeschlagenen Möglichkeiten, Wiederaufnahme der Wirthschen Koalition (Zentrum, Sozialdemokratie und Demokraten) oder Koalition aller bürgerlichen Parteien stößt auf große Schwierigkeiten, einesteils weil die führenden Persönlichkeiten fehlen, anderenteils weil die Demokratie eine deutschnationale Kanzlerschaft nicht anerkennen. In Betracht käme, meint die „B. Z., allenfalls der Oberbürgermeister Abgeordnete Jarres (D. Volksp.), der zurzeit den rheinischen Provinziallandtag in Köln leitet. Außerdem werden die Namen Stegerwald (Ztr.) und Geßler (Reichswehrminister, Demokrat) genannt. — Es wird weiter bemerkt, die von Stresemann beabsichtigte Auflösung des Reichstags sei wegen des Widerstands Eberts nicht zur Ausführung gekommen. Doch hält man sie noch nicht für ausgeschlossen, falls die Versuche zur Kabinettsneubildung ohne Erfolg bleiben. — Die Nationalliberale Korresp. schreibt, der jetzige Zustand sei in der Tat nicht eine Krise der Regierung, sondern des Parlaments; die Parteien wissen nicht, was sie wollen. — Der „Demokratische Zeitungsdienst" sagt, die Demokraten werden sich zurückhalten; sie werden auf die einzigen Möglichkeiten hinweisen, daß entweder die Oppositionsparteien die Regierung bilden sollen, oder daß ein über den Parteien stehendes Kabinett zusammentrete. Das Zentrum sei gegen ein reines Beamten- oder Geschäftsministerium.

Neue Nachrichten

Umwandlung der Erwerbslosenfürsorge

Berlin, 25. Nov. Der Reichsrat hat die Reichsregierung darauf hingewiesen, daß das bisherige Verfahren der Erwerbslosenfürsorge nach der Stillegung der Notenpresse nicht mehr möglich sei. Das Reichsfinanzministerium wurde in einer Anfrage aufgefordert, der Tatsache Rechnung zu tragen und sich mit der Rentenbank ins Benehmen zu setzen.

Vorstellungen bei Seeckt

Berlin, 25. Nov. Die drei Reichstagsabgeordneten der Deutschvölkischen Freiheitspartei erhoben bei General v. Seeckt Vorstellungen wegen des Verbots der Partei. Die verschlossenen Zimmer der Parteibüros wurden darauf der Partei wieder freigegeben.

Die deutschen Vertreter vor der Entschädigungskommission

Paris, 25. Nov. Die Entschädigungskommission veröffentlicht einen kurzen Bericht über die „Vernehmung" der deutschen Vertreter durch die Entschädigungskommission am Freitag. Fischer hielt die Behauptung aufrecht, daß die Ruhrbesetzung widerrechtlich sei. Ohne die frühere wirtschaftliche Einheit sei Deutschland nicht imstande, die Sachlieferungen wieder aufzunehmen; dazu können die Maßnahmen zur

---

Aus Münchens guter alter Zeit

(Lex mihi ars = Die Kunst mein Gesetz)

Musikroman von Dr. Hans Fischer-Hohenhausen.

55) (Nachdruck verboten.)

„Nitschak contra Nitschak!" brüllte der Gerichtsdiener jetzt, und hinter beiden schloß sich die Tür des Verhandlungsraumes, während Frau Meysenheim mit hochgerötetem Kopf das ‚Vaterland' studierte.

Die Aufregung über den Artikel Dr. Sigls war allgemein und wirkte günstig auf den Gang der Sühneverhandlungen ein. Der Aufsatz lautete:

Offener Brief an Herrn Possart!

Gestern bei Redaktionsschluß erhielt ich den Besuch Ihres Kartellträgers, der mir in Ihrem Auftrag eine Forderung auf Pistolen überbrachte wegen fortgesetzter öffentlicher Beleidigung Ihrer „Braut", der Frau Schneegans, in meinem Blatte.

Wie Sie inzwischen schon erfahren haben werden, habe ich diese Forderung abgelehnt und zwar aus verschiedenen Gründen, welche ich Ihrem Bevollmächtigten persönlich schon mitgeteilt habe. Da aber bei dem Interesse, welches die ganze Sache seit Wochen in der Oeffentlichkeit erregt, zu befürchten steht, daß über die Gründe, die für mich zur Ablehnung der Forderung bestimmend waren, Legendenbildungen entstehen, fühle ich mich gedrungen, öffentlich Stellung zu der Sache zu nehmen und Ihnen öffentlich zu erklären, weshalb ich mich nicht mit Ihnen duelliere.

Erstens aus prinzipiellen Gründen: Ich bin, wie Sie wissen, katholisch und vertrete auch im „Bayrischen Vaterland" den katholischen Standpunkt. Da die katholische Kirche das Duell aufs schärfste perhorresziert und die Teilnehmer an einem solchen mit dem Kirchenbanne belegt, würde ich mich selbst ins Gesicht schlagen und von meinen Lesern die schwersten Vorwürfe erhalten, wenn ich mich zu einer solchen Handlung bereit finden ließe, die nun einmal unvereinbar ist mit den Pflichten eines streng orthodoxen Katholiken.

Das allein schon müßte Ihnen genügen und die Ablehnung Ihrer Forderung motivieren, aber ich sage Ihnen ganz offen, daß dieser Grund (meine Konfession) nicht der einzige ist.

Sie haben die Unverfrorenheit und fordern mich zum Zweikampf auf Pistolen in Ihrer Eigenschaft als „Bräutigam" der Frau Schneegans. Das sind Sie nicht! Sie sind selbst verheiratet und leben z. Zt. noch in rechtsgiltiger Ehe mit Ihrer Frau, geb. Deinet, ebenso ist Frau Schneegans die Ehefrau des Herrn Dr. Schneegans. Sie sind also nicht der Gatte, sondern höchstens der Buhle der Frau eines andern Mannes — und einem solchen pflegt man selbst in akademischen und Offizierskreisen keine Satisfaktion zu geben.

Bei alledem erscheint es mir auch zweifelhaft, ob Sie überhaupt im Sinne des in akademischen und Offizierskreisen herrschenden Moralkodexes als satisfaktionsfähig gelten können. Ich freilich als Akademiker und Dr. jur. bin satisfaktionsfähig und ich habe ein abgeschlossenes Gymnasial- und Universitätsstudium hinter mir. Sie dagegen waren nach Besuch der Volksschule Buchhändlerlehrling, sind dann mit einer wandernden Schauspielertruppe ins Weite gezogen und haben es autodidaktisch und durch Ihr Talent allmählich zum Kgl. Hofschauspieler gebracht — alle Achtung vor Ihrer Kunst, aber mit der in den herrschenden Kreisen verbreiteten Meinung über Satisfaktionsfähigkeit würden Sie nicht durchdringen. Ich erkenne Sie deshalb nicht für satisfaktionsfähig.

Von alledem könnte vielleicht noch abgesehen werden, wenn ich nicht — und mit mir wahrscheinlich die überwiegende Anzahl meiner Leser und andere vernünftige Leute — die feste Ueberzeugung haben müßte, daß Ihre Duellforderung gar nicht ernst gemeint ist. Für so mutig halte ich Sie gar nicht. Jedenfalls hat man Ihnen von befreundeter Seite nahe gelegt, daß Sie etwas tun müßten gegen den boshaften Dr. Sigl, und da erschien eine Duellforderung als wirkungsvollste Geste! Denn — so rechneten Sie — der Dr. Sigl ist katholisch, „kneift" also, dann stehen Sie in schöner Pose da als tapferer Ritter, der nur durch die Feigheit seines Beleidigers daran verhindert ist, diesem eine Kugel in den Leib zu jagen.

Aber außer Gewalt gibt es noch andere Kräfte, um mit seinem Gegner zu rechten. Das ist vor allem der Geist. Nicht Herkules oder Theseus haben Hellas zum „Lande der Griechen" gemacht, sondern Perikles und Aristophanes.

Trotzdem will ich mich mal auf den Standpunkt stellen, ich hätte das Duell angenommen und wir stünden einander mit Pistolen gegenüber. Glauben Sie, ich kenne die grausamen Theaterduelle nicht, bei denen die Pistolen den Magenkatarrh haben und kein Blei vertragen können. Hauptsache ist, daß es recht kracht und ungefährlich ist — in den Augen der Damen erscheint man aber als tapferer Ritter, in den Augen der Vernünftigen als Narr. Zu so was aber würde ich mich niemals hergeben!

Und auch noch selbst den ungewöhnlichen Fall gedacht, es wäre uns beiden ernst und wir stünden einander mit scharf geladenen Waffen gegenüber. Ob es nicht eine Geschmacklosigkeit von mir wäre, daß ich wegen Ihrer Konkubine, welche Sie als Ihre Braut zu bezeichnen sich nicht schämen, mein Leben aufs Spiel setze. Die Frage haben Sie sich anscheinend gar nicht vorgelegt!

Da sind denn doch nur folgende Fälle möglich:

Erstens: Wir schießen beide ein paar Löcher in die Luft! — Ist das nun Satisfaktion?

Zweitens: Sie treffen mich! Ja zum T.....l, glauben Sie, ich tue Ihnen den Gefallen, daß meine vielen Feinde Sie umjubeln und Sie als „Siglitöter" preisen — daß Schlangen, Kröten, Freimaurer, Preußen und andere giftige Viecher sich über meinen Tod freuen und Sie als Helden feiern. Das gönne ich Ihnen gar nicht;

Oder drittens (Melpomme, verhülle das Haupt!): Ich erschieße Sie!!! Haben Sie die schrecklichen Folgen schon bedacht? — Ich müßte mein Blatt dann einige Jahre von der Festung aus redigieren, was immerhin mit Unbequemlichkeiten verbunden wäre, die ich weder um Ihretwillen, noch um Ihrer Konkubine willen in Kauf nehmen möchte! — Dann denken Sie doch, welch unersetzlicher Verlust für die Kunst und für die Kgl. Hofbühne! Und dann könnten Ihnen doch im jenseitigen Leben einige Unannehmlichkeiten erwachsen, und ich will Sie nicht zu früh in den Himmel befördern oder gar — anderswohin, wenn ich Sie erschieße;

Und welch einen Bock hätte ich da geschossen!
Womit ich die Ehre habe, zu zeichnen

Ihr ergebenster
Dr. jur. Sigl.

Daß dieser Artikel wirkte, braucht nicht betont zu werden — namentlich aber auf alle diejenigen, welche wenn auch in ehelichen Zerwürfnissen lebend, vor dem öffentlichen Skandal zurückbebten. Die Sühnekommission hatte heute eine viel leichtere Arbeit, und das dankte man mit dem Dr. Sigl, der ein leichtfertiges Weib in seiner Zeitung eine Buhlerin schimpfen und so vor der ganzen Welt bloßstellen durfte, ohne daß selbst ihr Ritter es hatte verhindern können. Lieber eine Tracht Prügel in allen Ehren vom legitimen Gatten, denn als öffentlich gebrandmarkte Ehebrecherin den Steinwürfen der ‚Reinen' standhalten müssen!

Es dauerte auch gar nicht lang, so kamen die Ehegatten Nitschak heraus — versöhnt, mit Tränen in den Augen, lächelnd, glücklich — neu vereint!

„Also Schatz, Du hast nichts dagegen, wenn wir von hier fortgehen, zurück in meine Heimat", sprach er, seine Frau tätschelnd.

„Gewiß, ich folge Dir überall hin — wenn Du mich nur wieder aufnimmst!"

„Wirst Du aber auch vergessen können?"

„Was? Wen?"

„Nun, den — jungen Komponisten!"

„Ach, den Bub'n, mach' mich nicht wieder bös, das war nie

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Wiederherstellung einer gesunden Währung und zur Ordnung der Finanzen nicht genügen. Die belgische Denkschrift könne eine Grundlage zu Verhandlungen bieten. Weitere Fragen wurden nicht gestellt und die Deutschen wurden „entlassen". Die nächste Sitzung soll am Dienstag stattfinden.

Poincaré und Tardieu

Paris, 25. Nov. In der Aussprache über die auswärtige Politik in der Kammer griff Abg. Tardieu Poincaré scharf an wegen seiner angeblichen Nachgiebigkeit gegen die Verbündeten (im Botschafterrat) und gegen Deutschland. Poincaré erwiderte nicht weniger scharf und sehr gereizt. Die Kammer sprach Poincaré mit 492 Stimmen das Vertrauen aus, 14 waren dagegen; viele Abgeordnete, wie die ganze sozialistische Partei, enthielt sich der Stimme.

Keine auswärtigen Anleihen

London, 25. Nov. Es bestätigt sich, daß im Ausland keine Neigung vorhanden ist, Deutschland eine größere Anleihe zu geben. Die Ausstreuungen in den letzten Wochen waren nur Versuche von vielleicht ganz unberufenen Personen, um die Regierung Stresemann zu stützen. Erstminister Baldwin betonte in seiner Wahlrede am Freitag, er hege nur geringe Hoffnung auf die Besserung der Verhältnisse in Deutschland und Mitteleuropa. Diese Auffassung wird von den Finanzkreisen in England und Amerika geteilt.

Flottenrüstung und Arbeitslosigkeit in England

London, 25. Nov. Um die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, sollen demnächst 8 Kundschafterschiffe zu je 10 000 Tonnen mit einem Kostenaufwand von insgesamt 16 Millionen Pfd. Sterling gebaut werden.

Württemberg

Stuttgart, 24. Nov. Der Landtag wird am Donnerstag, 29. November, zusammentreten.

Vom Tage. Am Freitag abend nach 9 Uhr entstand beim Wilhelmsbau ein großer Auflauf dadurch, daß ein Trupp junger Leute, offenbar aus Anlaß der bekannten Parteiauflösungen, singend durch die Königstraße zogen. Die Polizei trieb die Menge mit blanker Waffe auseinander. Einige Verhaftungen wurden vorgenommen. — Im Lauf des Freitag wurden zwei Selbstmordversuche von Frauen gemeldet. Ein Mann hat sich erhängt.

Teuerungszahl. Die Reichsteuerungszahl für Stuttgart betrug am 22. Nov. ohne Bekleidung 124 063 Ma., die entsprechende Indexziffer 1 249,8 Ma. Die Steigerung gegenüber dem 19. Nov. beträgt 85,8 Prozent.

Aufhebung des Kohlenamts. Am 26. Nov. wird das städt. Kohlenamt aufgehoben. Damit entfallen die Bezugsscheine und die Bindung an einen bestimmten Kohlenhändler.

Kornwestheim, 24. Nov. Produktive Erwerbslosenfürsorge. Der Gemeinderat hat beschlossen, um den Erwerbslosen weitere Arbeit zuweisen zu können, mit der Kanalisation der Stammheimer Straße zu beginnen.

Ludwigsburg, 24. Nov. Falsches Geld. Gefälschtes Stadtgeld mit folgendem Aufdruck: „Stadtverwaltung Ludwigsburg. Stadtkassenschein Nr. für Einhundert Milliarden. Ludwigsburg, den 20. Oktober. Oberbürgermeister: Hartenstein" ist zurzeit im Umlauf. Die Nummer des Scheins ist rot aufgedruckt. Die Fälschung ist so plump, daß ein derartiger Schein ohne weiteres beanstandet werden sollte. Beim Datum fehlt die Jahreszahl; der Name des Stadtvorstands ist nicht, wie üblich, eine Nachbildung der Handschrift, sondern in lateinischem Drucksatz.

Eßlingen, 23. Nov. Unfall. In der Weinessigfabrik von Richard Hengstenberg ist der 47 Jahre alte verh. Hilfsarbeiter Karl Braun dadurch verunglückt, daß er von einem Transmissionsriemen erfaßt und an die Decke geschleudert wurde. Er trug schwere innere Verletzungen davon und wurde in das städt. Krankenhaus geschafft.

Oberhausen, OA. Reutlingen, 24. Nov. Wilderergesellschaft. In dem Jagdbezirk des Fürsten von Urach wurde schon längere Zeit bemerkt, daß Wilderer ihr Gewerbe betrieben. Sogar auf den Jagdverwalter, der Verdächtige antraf, wurde ein Schuß abgefeuert. Nun ist es gelungen, die Wilderer in der Person der Fabrikarbeiter Rothenbacher und Keppler zu ermitteln. Jagdgeräte, verschiedene Gewehre, Rehgeweihe und der zur Jagd benützte Hund wurden beschlagnahmt.

Heidenheim, 24. Nov. Kellerdiebe. Diebe suchten nachts in den Keller des Fabrikanten Waldenmaier einzudringen, aber ohne Erfolg. Größeren Erfolg hatten sie beim Eindringen in den Keller des Fabrikanten Voith. Sie gelangten durch das Dach in den Parterreraum und mittelst des Aufzugs in den Keller, wo sie sich gütlich taten und nebenbei noch 31 Flaschen Wein ins Freie beförderten. 23 davon versteckten sie im Wald, wo sie von der Polizei gefunden wurden. Von den Tätern fehlt jede Spur.

Weilheim u. T., 24. Nov. Bluttat. Am Dienstag abend wurde der verheiratete Hofbauer und Anwalt Johannes Bächtle von Häringen von dem bei dem Landwirt Flogaus bediensteten etwa 70jährigen Schäfer Holzinger von Zell auf dem Feld durch Messerstiche schwer verletzt, an deren Folgen Bächtle sich verblutete. Das lange Ausbleiben des Bächtle veranlaßte seine Frau, ihn zu suchen; sie hat ihn dann auf seiner Wiese in sterbendem Zustand aufgefunden. Der Schäfer ist abends durch den Hof gefahren, ohne von dem Geschehenen jemand zu benachrichtigen; Bächtle hätte sonst noch gerettet werden können. Der Tat scheinen Streitigkeiten vorausgegangen zu sein.

Tuttlingen, 25. Nov. Die Ueberfahrenen. Die auf dem hiesigen Bahnhof überfahrenen Personen sind die Brüder Huß von St. Georgen (Baden). Sie hatten in Berneck, OA. Nagold, einen Besuch gemacht und wollten nach Hause zurückkehren. Sie überschritten das Gleis trotz des Warnungsrufs. Der ledige 49jährige Jakob Huß wurde sofort getötet, der verheiratete jüngere Bruder Johannes Huß, Buchdruckereibesitzer, wurde schwerverletzt in Bezirkskrankenhaus Nagold verbracht und sofort einer Operation unterzogen.

Oehringen, 25. Nov. Landfrauentag. Am 22. November fand hier unter dem Vorsitz der Fürstin Therese zu Hohenlohe-Waldenburg ein allgemeiner Landfrauentag mit Ausstellung von Erzeugnissen der Stick-, Näh- und Webkurse des Verbands und der Haushaltungsschule in Kupferzell statt. Die 16 vorgeführten Spinnrocken und ein Webstuhl fanden besonderes Interesse. Den Schluß bildete ein Wettbewerb im Spinnen und Weben, wobei 10 Preise verteilt wurden.

Baden

Karlsruhe, 25. Nov. Die Papiergeldsammlung für die Winternothilfe erbrachte einen Gesamtbetrag von 260 Billionen, die sofort wertbeständig angelegt wurden.

Pforzheim, 25. Nov. Die Gemeinde Eutingen versteigerte letzter Tage die zweite Gruppe der von ihr erstellten Wohnhäuser, wobei 19 000 und 20 000 Goldmark bezahlt wurden.

Bruchsal, 25. Nov. Beim Anbinden eines Farren, der sich losgerissen hatte, wurde der 53jährige Wärter Anton Schmitt in Karlsdorf von dem Tier totgedrückt.

Heidelberg, 25. Nov. Der bekannte Rassen- und Kulturgeschichtsforscher Dr. Ludwig Wilser, ein hervorragender Kenner germanischer Altertumskunde, ist im Alter von 71 Jahren gestorben.

Heidelberg, 25. Nov. Die Kläranlage bei Heidelberg-Wieblingen dürfte in der nächsten Woche fertiggestellt sein, sodaß dann die gesamte Schwemmkanalisation der Stadt Heidelberg, deren Kanalanlagen bereits fertiggestellt sind, in Betrieb genommen werden kann.

Die Straßenbahn hat nun auch ihre beiden letzten Linien und die Bergbahnen einzustellen beschlossen, so daß der ganze Betrieb ruhen wird. Die Angestellten und Arbeiter, etwa 240 Personen, sollen nach Möglichkeit in anderen Betrieben untergebracht werden.

Villingen, 25. Nov. In der Uhrenindustrie des Schwarzwalds herrscht eine kritische Stimmung, weil der Verband der Uhrenindustrie eine 10prozentige Lohnveränderung eintreten lassen will, nachdem das Reich die bisher von ihm übernommene 24prozentige Ausfuhrprämie nicht mehr trägt. Von seiten der Gewerkschaft wird demgegenüber darauf verwiesen, daß bei den fortgesetzt steigenden Goldpreisen an einen Lohnabbau nicht gedacht werden könne. Die Streitfrage wird dem Schlichtungsausschuß zur Entscheidung übertragen.

Oberkirch, 25. Nov. Der Ausbau der Renchtalbahn schreitet rüstig vorwärts. Die Ueberbrückung der Rench und der Anschluß an den Bahnhof Oppenau sind bald fertig. Doch ist es zweifelhaft, ob bis Januar die Bahn schon die Endstelle Peterstal erreichen wird.

Ueberlingen, 25. Nov. In dem bayerischen Bahnhof Lindau-Reutlin hat die österreichische Bahnbehörde ein Plakat anschlagen lassen, daß Reichsmark bis auf weiteres nicht mehr angenommen wird. Das ist das erstemal, daß eine ausländische Behörde in Deutschland die Reichsmark außer Kurs setzt.

Konstanz, 25. Nov. Staatspräsident Dr. Köhler wird am Montag hier Besprechungen mit verschiedenen Wirtschaftsgruppen, mit Vertretern von Handel und Industrie und mit Vertretern der Beamten- und Arbeiterschaft über die gegenwärtigen Wirtschafts- und Währungsfragen haben und sich dann nach Berlin begeben.

Ludwigshafen, 25. Nov. Die Erwerbslosen haben sich den in die Stadt eingedrungenen Sonderbündlern angeschlossen. Hinter dem Vortrupp marschierten zu ihrem Schutz französische Soldaten.

Vor dem französischen Militärgericht in Kaiserslautern wurden insgesamt 63 Deutsche, die im Abwehrkampf gegen die Sonderbündler standen, zu Gefängnisstrafen, meist einem Monat, verurteilt.

In Landau wurden neun Deutsche von den Franzosen wegen Vorgehens gegen die Sonderbündler in das französische Militärgefängnis eingeliefert. In Pirmasens wurden acht Deutsche verhaftet.

Lokales.

Wildbad, den 26. Nov. 1923.

Der neue Steuerabzug. Vom 25. November bis 1. Dezember beträgt die Verhältniszahl für die Ermäßigungen beim Steuerabzug 700 000.

Die neuen Steuern. Wie verlautet, soll im Dezember eine Vorauszahlung auf die Einkommensteuer für das letzte Vierteljahr des laufenden Rechnungsjahrs (1. Januar bis 31. März 1924) in Goldmark erhoben werden. Die Einkommensteuer, die Vermögens- und die Erbschaftssteuer werden eine „Umstellung", sprich: scharfe Erhöhung erfahren. Die Umsatzsteuer soll auf 2½ Prozent hinaufgesetzt werden. Den Hauptpunkt der Steuerreform soll indessen eine Wohnungsgoldsteuer bilden, und zwar derart daß, wie die „Voss. Zeitung" berichtet, vom 30. Sept. 1924 die Mieten wieder in Gold erhoben werden und das Reich davon 60 Prozent vorwegnimmt, während den Hausbesitzern 40 Prozent der Goldmieten verbleiben. — Das wird Ueberraschungen geben! Die Steuern sollen bekanntlich 400 Millionen Goldmark ergeben.

Die Goldrechnung bei der Post. Der Reichsrat hat der Umwandlung der Postgebühren nach Goldmarkrechnung, wie sie bei der Eisenbahn bereits eingeführt ist, zugestimmt. Die Gebührensätze werden im allgemeinen denen der Vorkriegszeit entsprechen. Fernpostkarten kosten z. B. 5, Fernbriefe 10 Pfennig. Bei Telegrammen fällt die Grundgebühr weg, sie werden wieder nach der Wortzahl berechnet bei einer Mindestzahl von acht Worten in der Kostenberechnung. Die Umstellung des Postscheckverkehrs auf Rentenmark wird Anfang Dezember erfolgen; die Guthaben werden in Rentenmark umgerechnet. Einzahlungen sind nur noch in Rentenmark zulässig. Die Mindeststammeinlage betrage fünf Rentenmark, Ueberweisungen sind wieder gebührenfrei.

Drucksachen bis zu 25 Gr. werden zu 3 Pfg. berechnet, Pakete bis zu 3 Kilo in erster Zone (75 Kilometer) 30 Pfg., in zweiter und dritter je 60 Pfg., Zeitungspakete bis 5 Kilo in erster Zone 30, zweiter und dritter je 40 Pfg., Postanweisungen bis 1 Billion 20 Pfg., im Postscheckverkehr Bareinzahlungen 10 Pfg., zwischen Papier- und Rentenmark werden im künftigen Tarif Unterschiede gemacht. Der Tag des Inkrafttretens der neuen Gebühren wird vom Reichspostminister bestimmt.

300 Briefmarken. Mit Einführung wertbeständiger Briefmarken wird dem Markenunwesen der Post ein Ende gesetzt werden. Seit der Revolution von 1918 sind nicht weniger als 300 (224 allgemeine und 76 Dienstmarken) verschiedene Briefmarken, meist geschmacklosester Art, ausgegeben worden, wobei unbedeutende Abarten noch gar nicht berücksichtigt sind. Das sind in 5 Jahren mehr, als seit der Reichsgründung in 50 Jahren hergestellt wurden.

Die Einlösung des Eisenbahnnotgelds, das nicht wertbeständig ist, wird von der Reichsbank eingelöst, soweit es sich um Stücke von 100 Milliarden und darüber handelt. Stücke unter 100 Milliarden werden an allen öffentlichen Kassen angenommen oder von der Eisenbahn in größere Stücke umgetauscht. Das neue wertbeständige Eisenbahnnotgeld ist durch Goldanlethe voll gedeckt.

Rentenmark für den Getreideaufkauf. Der Reichsgetreidestelle sind in diesen Tagen für den Aufkauf von Brotgetreide Rentenmark überwiesen worden, die sie für aufgekauftes Getreide weiter an Handel und Genossenschaften gibt. Der Landwirt kann daher in Zukunft die Bezahlung seines Getreides in Rentenmark verlangen, da die Deutsche Rentenmark an erster Stelle für den Aufkauf landwirtschaftlicher Produkte gegründet wurde und auch die Landwirtschaft die Hälfte der Unterlagen für die Rentenmark stellt. Die Vereinigung der Deutschen Bauernvereine hat die Forderung gestellt, daß der Wirtschaft, speziell der Landwirtschaft, mindestens gleichzeitig und wenigstens derselbe Betrag an Rentenmark zur Verfügung gestellt wird, den die Reichsregierung erhält.

Wertbeständige Gerichtsstrafen. Die Verordnung, wonach gerichtliche Vermögensstrafen und Bußen unter Zugrundelegung der Goldsteuermark wertbeständig gemacht werden, hat die Billigung des Reichsrats gefunden.

Die Geltungsdauer des Achtstundentags. Nach einer Verordnung, die sich im Reichsgesetzblatt findet, ist die Demobilmachungsverordnung über die Arbeitszeit am 17. November d. J. außer Kraft getreten. Nun findet sich aber in den Reichsdrucksachen unter Nr. 6292 der Wortlaut der gleichen Verordnung wie im Reichsgesetzblatt, nur daß die Geltungsdauer dort mit dem 30. November 1923 begrenzt wird. Danach ergibt sich jedenfalls, daß tatsächlich amtlich zwei Termine veröffentlicht worden sind. Die juristische Frage, welcher Veröffentlichung denn nun Gesetzeskraft zukommt, wird man sich heute wohl schenken können und der Ordnung halber einfach den späteren Termin als den gültigen ansehen. Demnach hätten wir also in Deutschland noch bis zum 30. November „gesetzlichen Achtstundentag".

Erwerbslosenunterstützung. Die wochentäglichen Unterstützungssätze für Erwerbslose betragen vom 19.—24. Nov. in Ortsklasse A für Männer über 21 Jahren 780, unter 21 Jahren 470, für Frauen über 21 Jahren 620, unter 21 Jahren 360, Familienzuschläge für Ehegatten 200, für jedes Kind und jeden sonstigen unterstützungsberechtigten Angehörigen 150 Milliarden. In Ortsklasse B sind für die gleichen Gruppen die Zahlen 720, 440, 580, 340, 190 und 140 Milliarden, in Ortsklasse C 680, 410, 540, 320, 180 und 130 Milliarden, in den Ortsklassen D und E 630, 380, 500, 300, 160, 170 und 120 Milliarden. Die Familienzuschläge dürfen insgesamt den einfachen Hauptunterstützungssatz, die Summe der selbständigen Unterstützungen in einem gemeinschaftlichen Haushalt die doppelte Unterstützung der höchstunterstützten Familienmitglieder nicht übersteigen.

Rabatt bei wertbeständigem Geld. Der Einzelhandelsausschuß der Handelskammer Stuttgart empfiehlt den Einzelverkaufsgeschäften bei Bezahlung in wertbeständigem Geld durch die Kunden einen Rabatt von 10 Prozent zu gewähren, d. h. die Verkaufspreise werden so angesetzt, daß unter der Annahme von Papiergeldzahlung ein Zuschlag von 10 Prozent eingerechnet ist, wie es z. B. seitens der Bäckerinnung öffentlich bekanntgegeben wurde. Das bisher bestehende Verbot der Rabattanwendung ist angesichts der empfindlichen Verluste, die dem Geschäftsmann durch Papiergeldzahlung in letzter Zeit zu erwachsen pflegten, fraglos nicht aufrechtzuerhalten, und der Rabatt wird auch — sei's in Aufschlag oder Abzug, beides kommt aufs gleiche hinaus — stillschweigend geduldet. Dennoch bleibt das Bedenken bestehen, daß der Rabatt eine erhebliche Benachteiligung des größten Teils der Kundschaft gegenüber einem auserwählten kleineren Teil bedeutet, solange nämlich die wertbeständigen Zahlungsmittel noch nicht in alle Volkskreise gedrungen sind und wenigstens einen gewissen Teil jedes Einkommens ausmachen. Dies wird, nach der Versicherung der Reichsregierung, vom Ende laufender Woche an der Fall sein. Insolange erscheint der Rabatt als verfrüht.

Industrietarif. In den gestrigen Verhandlungen zwischen Arbeitgeberverband und den Angestelltenvertretern der Industrie hat man sich dahin geeinigt, daß die Grundgehälter die gleichen bleiben, daß 50 Prozent des Bruttogehalts in wertbeständigem Geld ausbezahlt werden, und daß derjenige Betrag dieser 50 Prozent, der nicht in wertbeständigem Geld zur Auszahlung kommt, zum Samstagskurs angerechnet wird. Da jedenfalls die Berechnung zunächst nach dem Donnerstagskurs geschieht, so ist die Nachzahlung des Kursunterschieds innerhalb zweier Werktage zu leisten.

Käufer erster und zweiter Klasse. Käufer erster Klasse sind solche mit wertbeständigem Geld. Sie werden mit besonderer Höflichkeit bedient und bevorzugt, während die übrigen, in Papiermark zahlenden Käufer, als solche zweiter Klasse behandelt werden. Glücklich sind diejenigen, die in Betrieben arbeiten, die in wertbeständigem Geld ausbezahlen. Leider können nicht alle Firmen die nötigen Summen auftreiben, um ihre Leute mit den so sehr begehrten Industrie- und Handelsnoten oder Rentenmarkscheinen zu befriedigen. In manchen Geschäften wird, trotz Verbots, auf wertbeständige Zahlung Rabatt gewährt.

Evangelischer Volksbund. Am letzten Sonntag fand im Eisenbahnhotel die Jahresversammlung des Ev. Volksbunds statt, um, wie der Vorsitzende Herr Dr. Federlin bemerkte, den Mitgliedern Rechenschaft über die Tätigkeit

---

mein Ernst, und mein Männe war grundlos eifersüchtig!"

„Na, na!?"

„Fängst Du schon wieder an?"

„Nein, nein, Schatzi, ich glaube Dir! Aber besser ist's doch, wir ziehen fort, fort in mein schönes Böhmerland, ins goldene Prag, Zlata Praha!"

„Wohin Du willst; fort, fort vor allem aus dem schrecklichen Haus hier!"

Sie waren so glücklich, daß sie an allen Bekannten vorbeigingen, ohne sie anzusehen; selbst nicht das Ehepaar Schübel-Meysenheim — mit einem Mal kümmert sich Frau Nitschak nicht das geringste mehr um deren Ehesorgen, die freilich ernster waren, als die ihren. Denn diese Ehe wurde bald nachher geschieden, wie auch die Ehen von Lenbach, Kaulbach, Possart und Schneegans.

Lenbach heiratete in zweiter Ehe die Tochter des Komponisten Hornstein; Kaulbach die Violinvirtuosin Scotta; Frau Schneegans den bekannten Münchner Schriftsteller M. G. Conrad. Nur Possart machte eine Ausnahme: Er heiratete seine Frau, die geborene Deinet, von der er jetzt zum zweiten Mal geschieden wurde, bald nachher zum dritten Male und zwar diesmal endgiltig.

Ja, München war von jeher ein lustiges Städtchen!

(Fortsetzung folgt.)

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

des verflossenen Jahres abzulegen. Er gab sodann einen Ueberblick über die Veranstaltungen welche alle zur vollen Befriedigung ausgefallen sind, und wies darauf hin, daß für die Zukunft noch verschiedene Fragen offenstehen. Vor allem sei es Pflicht, der Armen und Notleidenden besonders auch an Weihnachten, zu gedenken. Es habe sich auch der Ausschuß mit der Frage der Errichtung eines Leseabends befaßt. Nach dem Vorsitzenden gab sodann der Kassier seinen ausführlichen Kassenbericht. Hierauf erteilt der Vorsitzende Herrn Medizinalrat Dr. Fritz das Wort zu einem Bericht über die Tätigkeit des Hauptausschusses, von der Gründung des Volksbundes bis heute. Der Vortragende gedachte besonders der Berufsarbeiter des Bundes, die sich mit Ausdauer und Opferwilligkeit bei kärglichem Gehalt ausschließlich der Volksbundarbeit widmen. Diese müßten daher auch unterstützt werden und es sei Ehrensache dazu größere Teile der Beiträge an die Zentrale abzuliefern. Es folgten dann Aeußerungen der Mitglieder zu den verschiedenen Punkten der Tagesordnung. Für den Leseabend wurde von 2 Mitgliedern des Volksbundes ein größeres Zimmer zur Verfügung gestellt, von anderen Holz und Kohlen. Das Weitere wird ein besonderer Ausschuß in die Wege leiten. Hierauf erfolgten Wahlen zur Ergänzung des Ausschusses. Der vorgerückten Stunde wegen wurde von den Anwesenden der Verlegung des Vortrags von Herrn Stadtpfarrer Dr. Federlin zugestimmt. Der Vortrag wird an einem späteren Sonntag in der Kirche stattfinden. Hoffentlich finden sich dabei mehr Zuhörer ein, als Teilnehmer bei der Jahresversammlung, die im Verhältnis zur Mitgliederzahl der hiesigen Volksbundgruppe etwas schwach besucht war.

Wohltätigkeitskonzert. Um einer guten Sache zu dienen, fand letzten Samstag abend im Lindensaal ein Konzert statt, das neben dem guten Zweck aber auch eine erquickende Abwechslung in dem vom „Multiplikator" beherrschten sorgenvollen Dasein bot. Der Besuch war ja nicht gerade übermäßig, doch dürfte der pekuniäre Erfolg ein guter gewesen sein. Die Mitwirkenden gaben sich die größte Mühe, die Anwesenden zu unterhalten, was ihnen dem gespendeten Beifall nach auch gelungen ist. Klavierstücke (4 händig) und schwungsvolle Violinsolis wechselten ab mit zu Herzen gehenden Gesangsvorträgen. Dazwischen ertönten die frohen Weisen des Mandolinenklubs und in Betracht gezogen, daß die Vortragenden die Musik nur als Freunde derselben und nur im Stillen pflegen, überraschte die Sicherheit und Größe im Ausdruck in den vorgetragenen Stücken. Hoffentlich sehen wir diese Künstler bald wieder im Dienste der Wohltätigkeit.

Totensonntag-Feier. In der evang. Stadtkirche fand gestern eine sehr eindrucksvolle Totensonntag-Feier unter Mitwirkung des Liederkranzes statt. Die Predigt des Herrn Stadtpfarrers Dr. Federlin und die stimmungsvollen Lieder des Liederkranzes werden wohl noch lange in den Herzen der Teilnehmer nachklingen und nachwirken.

Apollo-Lichtspiele Calmbach. Heute Montag abend ist nochmals Gelegenheit gegeben, die erste Abteilung des sehr günstig aufgenommenen Weltfilms „Die Herrin der Welt" sich anzusehen -- es lohnt sich reichlich!

Gegen die Selbstzerfleischung

ep. Sind wir Deutsche wirklich so weit, daß wir das Werk unserer Feinde vollenden und uns gegenseitig zerfleischen wollen? Mit der steigenden Not unseres Volkes haben sich die Gegensätze der Klassen und Parteien maßlos verschärft; es ist manchmal, als verstünde keiner mehr die Sprache des andern, und immer wieder heißt's: es kommt doch noch zum Bürgerkrieg! Muß es wirklich so weit kommen? Doch nur, wenn wir gelähmt oder verblendet uns so weit treiben lassen! Was ist denn damit gewonnen, daß man Bruderblut vergießt, Häuser plündert und anzündet, deutsche Volksgenossen entrechtet? Schafft man damit Brot? Befestigt man dadurch unsere Währung? Steigt dadurch unser Ansehen im Ausland? Ist das der Weg zum Wiederaufbau, zur Einigkeit und zur Freiheit? Selbstverständlich lassen sich die tiefen Gegensätze in unserm Volk nicht durch gütliches Zureden wegblasen; sie müssen ausgetragen werden, aber das läßt sich durchs Faustrecht nicht erreichen. Es ist wahr, ohne verhängnisvollste Fehler und Versäumnisse auf deutscher Seite wären wir in besserer Lage. Aber wer auch das Heft in der Hand haben mag, muß mit den gegebenen Verhältnissen rechnen, muß uns den mühsamen Weg der Arbeit, der Entbehrung und des Opfers führen. Das Grundgebot unserer Rettung lautet dahin, daß keine Volksschicht sich weigern darf, ihren gerechten Anteil an der allgemeinen Not zu tragen. Sollte es denn unmöglich sein, daß wir uns auf diesem Boden zusammenfinden? Müssen wir uns die Schädel einschlagen, statt uns die Hände zu reichen? Noch ist die große Mehrheit der deutschen Menschen nicht wahnsinnig geworden. Die Stimme der Vernunft und des Gewissens muß durchdringen; geben wir ihr nur laut und unermüdlich das Wort!

Allerlei

Kähler †. Der bekannte Theologe Konsistorialpräsident D. Kähler ist im Alter von 70 Jahren in Königsberg an den Folgen einer Operation gestorben.

Ein erschütternder Brief. Der Oberrealschule zu Dresden-Johannstadt ist in den letzten Tagen folgender Brief der dort in der Schulkanzlei eingesehen werden kann, zugegangen: „Sehr geehrter Herr Professor! Leider war es mir nicht möglich, Sonnabend (10. Nov. 1923) Heinz zu dem Wandertag mitgeben zu lassen, und bitte, es gütigst zu entschuldigen. Wir waren gezwungen, da mein Mann jetzt sehr wenig verdient, schon fast 14 Tage nur von schwarzem Kaffee und etwas trockenem Brot zu leben, da ich die teuren Nahrungsmittel nicht kaufen kann. Infolgedessen war Heinz am Freitag so schwach, daß ich ihn am Sonnabend früh nicht wieder mit trockenem Brot weit fortschicken konnte. Ich will aber keine Ausrede gebrauchen, deshalb schreibe ich der Wahrheit gemäß, weshalb ich ihn nicht schickte. Würde Herr Professor so freundlich sein, mir einmal zu wissen tun, wie Heinz jetzt in seinen Leistungen ist? Da eine gute Schulbildung alles ist, was ich meinem Jungen mitgeben kann, so will ich gern alles ertragen, wenn er nur vorwärts kommt. Ihre dankbare N. N."

Waffenfund. Die Polizei entdeckte in Berlin ein kommunistisches Waffenlager mit etwa 1400 Schußwaffen.

Geleuchtete Eier. Das Preisamt in Berlin hat den Großhandelspreis für „geleuchtete" Eier auf 25, für „ungeleuchtete" auf 27 Goldpfennig festgesetzt; für den Kleinhändler beträgt der Preis 32 Goldpfennig. Der Preis ist etwa das Fünffache der Vorkriegspreise. Bezeichnend ist aber, daß auf dem Weg vom Groß- zum Kleinhandel der feine Unterschied der Eierbeleuchtung verloren geht.

Abgeblitzt. Die nicht unbekannte Sängerin Emmy Destinn wurde in Berlin ausgebildet, dort begann sie ihre Künstlerlaufbahn und wurde berühmt gemacht. Von Berlin ging sie des Mammons wegen nach Amerika und begeisterte sich für die Entente. Vor einiger Zeit ist die Destinn nun wieder nach Europa zurückgekehrt und sie schickte sich an, eine Konzertreise durch Oesterreich zu machen; in Wien, Linz und Graz wurden ihr alle Konzertsäle verweigert. Die Oesterreicher meinen, es wäre zu schade, wenn ihre Kunst vor Barbaren, Hunnen und Boches gebracht würde, wo sie doch in den Ländern der Kultur und Gesittung vom Schlage der Entente so hoch geschätzt werde.

Vater- und Schwestermord. In Möglenz bei Lieberwerda (Prov. Sachsen) überfiel ein 18jähr. Arbeiter namens Lorenz zusamen mit einem anderen jugendlichen Arbeiter seine 21jähr. Schwester, verletzte sie durch Beilhiebe schwer und warf sie noch lebend in die Abortgrube. Dann lockten die Mörder den Vater, den Maurer W. Lorenz aus der Wohnung, erschlugen ihn und würgten ihn mit einem Riemen ab. Der Leichnam wurde unter einem Kieshaufen verscharrt. Die verbrecherischen Burschen, die bereits vorbestraft sind, hatten es auf die Ersparnisse des Vaters abgesehen, um sich vergnügte Tage machen zu können. Anstifter war der Sohn Lorenz.

Feuer im Zirkus. Im Zirkus Busch in Breslau, der zurzeit von dem Zirkus Straßburger gemietet ist, brach am Donnerstag im Futterraum Feuer aus. Die Gewänder der Künstler sind verbrannt.

Großfeuer. Auf dem Gut Bothkamp in Neuenrode (Holstein) ist infolge Brandstiftung ein Anwesen niedergebrannt, wobei 137 Rinder und eine Anzahl Maulesel in den Flammen umkamen.

Frauennamen im Spiegel der Sprache

Die altdeutschen Frauennamen bezeichnen entweder, wie Wilhelm Scherer einmal ausgeführt hat, das Liebliche und Anmutige oder das Kampffrohe, Waffenführende. Damit ist die Stellung der Frau in der altdeutschen Kultur bestimmt; sie spendet dem Mann Liebe, Treue und Wonne, aber sie steht ihm auch im Kampf zur Seite. Ueberhaupt enthalten unsere weiblichen Vornamen viel Wichtiges für die Erkenntnis der Gesellschaftsformen. Das führt Prof. Oskar Weise in einem Kapitel seines soeben bei der Frommannschen Buchhandlung in Jena erschienenen Werks „Die deutsche Sprache als Spiegel deutscher Kultur" aus.

Altgermanische Frauennamen sind z. B. Adelheid die Adelglänzende, Hulda die Holde, Bertha die Glänzende, Gertrud die Speervertraute, Hedwig die mutige Kämpferin, Hildegard die den Kampf Wehrende. Das Christentum bringt dann die Namen des Neuen Testaments in Aufnahme, wie Maria, Martha, Magdalena, Anna, Elisabeth usw. Daran schließen sich die Namen der katholischen Heiligen, wie Agnes, Veronika, Margarete, Katharina. Die Zeit des Humanismus mit ihrer Begeisterung für das klassische Altertum bringt die altrömischen Vornamen Julia und Cornelia, Alma, Klara u. a. Die Damen der Barock- und Rokokozeit mit ihrer Hinneigung zu französischem Wesen legen sich mit Vorliebe Namen zu, die die romanischen Endungen —ette, itte, —otte aufweisen, wie Lisette, Henriette, Brigitte, Charlotte, versehen auch die deutschen Wortstämme mit der Endung —ine, so Karoline, Wilhelmine, Hermine, Ernestine usw. Aus den damals so beliebten Schäferspielen schlüpfen die koketten Namen der verliebten Hirtinnen ins alltägliche Leben, und es wimmelt von Selinden, Belinden, Rosalinden u. a. Ebenso liefert die antike Hirtenpoesie manchen Namen, so Doris, Silvia, Lucia. Der pietistische Einschlag, der in den männlichen Namen die Zusammensetzung mit Gott bringt, zeigt sich bei den weiblichen Vornamen in Christine, Christiane, Gottliebe. Die englische Mode des 19. Jahrhunderts bringt Ellen statt Helene oder Koseformen, wie Jenny, Elli, Betty, Emmy, und die Hinneigung zu Rußland in den Jahren des Bündnisses spricht aus Namen wie Olga und Theodora.

Zeiten patriotischen Aufschwungs, wie sie die Kriege von 1870 und 1914 heraufführten, stellen die Vorliebe für die echtdeutschen Vornamen in den Vordergrund. Daher finden wir jetzt so häufig Namen wie Herta, Gisela, Ilse, Hilde, und ebenso macht sich eine Vorliebe für Doppelnamen geltend, die aber meist nicht deutscher Herkunft sind, wie Liselotte, Rosemarie, Annemarie u. a. Bedeutenden Einfluß auf die Namengebung haben berühmte Frauen gehabt, so die heilige Elisabeth von Thüringen oder die Königin Luise von Preußen; sodann entlehnt man der Dichtung Lieblingsgestalten, und Gretchen im „Faust", Lotte im „Werther", Thekla im „Wallenstein", das Käthchen aus Kleist's Drama haben bei mancher Taufe Pate gestanden. Andererseits werden manche Namen, die in einen üblen Ruf gekommen sind, vermieden. So vermeidet man Trine, weil mit ihr die Eigenschaft der Faulheit, Hanne, weil mit ihr Dummheit, verknüpft werden. Seltsam ist es, daß eine Anzahl von Frauennamen auf Männer übertragen wurde. Das kommt daher, daß Söhne nicht selten den Namen der Jungfrau Maria oder ihrer Mutter Anna erhielten, so der Komponist Carl Maria von Weber oder der Graf Karl Anna von Oppersdorf. Die deutschen Frauennamen unterscheiden sich sehr deutlich von den romanischen. Sie sind wie die der Griechen meist doppelstämmig, z. B. Adelgunde, die edle Kämpferin, Rosemunde, die Rosseschirmerin. Dagegen sind die römischen Namen einstämmig. Während die romanischen Namen durch alle möglichen Endungen ausgedehnt werden, verkürzt man die deutschen zu Hilde aus Mechthild, Trude aus Gertrud, Irma aus Irmgard, während aus Julia Juliette usw. wird. Die Romanen leiten mit Vorliebe weibliche Vornamen von Männernamen ab; bei uns hat man dies erst in neuerer Zeit aufgenommen, so Friederike von Friedrich, Ricarda, Ulrike, Alberta, Carla. Der Deutsche aber vollzieht rasch eine reinliche Scheidung von den Männernamen. Jette und Lotte haben nichts mehr mit Heinrich und Karl, Rike und Mine nichts mehr mit Friedrich und Wilhelm zu tun. Man stellt diese Namen als eigenartig den männlichen entgegen und will sie als durchaus weiblich empfinden.

Handelsnachrichten

Kurssturz der Mark. An der Londoner Börse stieg das Pfund Sterling am 23. Nov. abends bis 47,5 Billionen Mark, was einem Dollarkurs von 9 Bill. entspräche. Am Samstag war der Stand in London 45, Amsterdam 1 Gulden 3,7, Zürich 1 Franken 1,42 Billionen.

Die schwebende Reichsschuld ist vom 31. Oktober 1923 bis 10. November von 6,907 auf 63,184 Trillionen Mark gestiegen, hat sich also um mehr als 5644 Trillionen vermehrt, oder um etwa das Neunfache (wie der Dollarwert). Die Hauptausgaben entfallen auf Rhein und Ruhr und die Erwerbslosenfürsorge.

Südd. Edelmetallpreise, 24. Nov. Platin 21 (Geld) — 26 (Brief) Billionen, Feingold 4,6 bezw. 5,1 d. Gr., Feinkornsilber 125 bezw. 135 d. Kg., Silber in Barren 1000 fein 115 bezw. 125.

Berliner Getreidepreise am 24. Nov. in Goldmark für 100 Kg.: Weizen (märk.) 19.20—19.30, Roggen 17.80—18, Sommergerste 17.70—18.10, Hafer 16—16.20, Weizenmehl 32—34, Roggenmehl 30—32, Kleie 8, Raps 32—33.50, Rapskuchen 13—13.50.

Märkte

Schweinemarkt Winnenden, 22. Nov. Dem heutigen Schweinemarkt waren 96 Stück Milchschweine und 3 Läuferschweine zugeführt. Preis für Milchschweine 15 bis 20 GM je das Stück. Läuferschweine wurden keine verkauft.

Marktbericht. Auf dem Vieh- und Schweinemarkt in Radolfzell herrschte gedrückter Handel. Ochsen galten 300—350, Kühe und Kalbinnen 350—450, Jungrinder 85—200, Läufer 25 bis 40, Ferkel 12—20 Goldmark das Paar. Auf dem Radolfzeller Fruchtmarkt kosteten je 100 Kg. Weizen 30, Gerste 19 und Hafer 15 bis 19 Goldmark.

Viehmarkt Pfullingen, 23. Nov. Der Viehmarkt war befahren mit 8 Stück Ochsen, 21 Kühen und Kalbinnen, 16 Stück Jungvieh, 5 Ziegen und 40 Schweinen. Bei flauem Handel wurden bezahlt für Kühe und Kalbinnen 600 bis 800 GM, Jungvieh 250 bis 400 GM, Schweine 15 bis 22 GM. Ein Verkauf von Ochsen kam nicht zustande.

Sulz a. N., 24. Nov. Dem Vieh- und Schweinemarkt waren zugeführt: 16 Ochsen, 30 Stiere, 27 Kühe, 39 Kalbinnen, 55 Stück Kleinvieh, 68 Milchschweine und 2 Läufer. Erlös per Paar Ochsen 2000—2400 Goldmark, Stiere per Stück von 2—2½jährig 700—800, 1—2jährig 150—400, Rinder 1—2jährig 200 bis 700, trächtige Kalbinnen 600—900, trächtige Kühe 600—900, Wurstkühe 200—400, Kälber 80—150 Goldmark. Handel lebhaft. Milchschweine per Paar 20—50 Goldmark, Läufer 60 Goldmark per Paar.

Stuttgart, 24. Nov. Obstgroßmarkt. Reichliche Zufuhr. Preise in Milliarden Mark. Edeläpfel 200—220, Tafeläpfel 120 bis 200, Spalierbirnen 200—220, Tafelbirnen 120—200 d. Pfd.

Gemüsegroßmarkt. Kraut 7—9, Rotkraut 55—75, Kohl 40 bis 65, Zwiebeln 110—125, Spinat 125—190, Rote Rüben 60—90, Gelbe Rüben 35—45, Bodenkohlraben 12—12.5 d. Pfd., Endivien 30—100, Rosenkohl 60—200, Rettiche 12—60, Sellerie 25—70 das Stück.

Butter 2,4 (wertbeständig 2,3) Billionen, Schweineschmalz 1,7 bis 1,9, Margarine 0,9—1,1, Kokosfett 1,3, Rinderfett 1,3—1,4 d. Pfd., Emmentalerkäse 2,3—2,5, Schweizer 2—2,2, Rahmkäse 1,5—1,65, Backsteinkäse 1,1—1,5 Billionen d. Pfd. Kalkeier 200 Milliarden das Stück.

Fruchtmarkt Winnenden, 22. Nov. Die Zufuhr zum Fruchtmarkt betrug 22 Ztr. Weizen, 65 Ztr. Hafer, 1 Ztr. Dinkel und 4,5 Zentner Gerste. Preis für Weizen 18 bis 25 GM, für Hafer 10 bis 13 GM., für Dinkel 15 GM., und für Gerste 15 bis 20 GM. je der Zentner.

Tettnang, 23. Nov. Von den Erzeugern werden jetzt Goldmark oder Rentenmark gefordert, wovon jedoch nur wenig vorhanden sind. Verkauft und bezahlt wurden für den Zentner Hopfen von 250 bis 270 Billionen, je nach Güte.

Untersetzingen, 24. Nov. Hopfen. In letzter Zeit wurden die noch hier lagernden Hopfen, etwa 25 Ballen, zum Preis von einem holländischen Gulden pro Pfund aufgekauft.

Merkzahlen

1 Goldmark Briefkurs Berlin 1 002 500 000 000
Mittelkurs 1 000 000 000 000

Reichsbankdiskont		90 Prozent
Goldfranken		1000 Milliarden
Steuerumrechnungssatz		1000 Milliarden
Buchhandelsschlüssel		1100 Milliarden
Buchdruckschlüssel		50,2 Milliarden
Großhandelsindex		1413 milliardenfach
Lebensmittel	20. Nov.	1333 milliardenfach
Industriestoffe	20. Nov.	1563,5 milliardenfach
Einfuhrwaren	20. Nov.	1648,8 milliardenfach
Inlandwaren	20. Nov.	1374,4 milliardenfach

Lebenshaltungskosten: (17. November): 831milliardenfache.

Devisenkurse
(In Millionen)

Berlin	23. November Geld	23. November Brief	24 November Geld	24 November Brief
Holland	1596000	1604000	1596000	1604000
Belgien	195510	196490	195510	196490
Norwegen	618450	621550	618450	621550
Dänemark	728175	731825	728175	731825
Schweden	1105230	1110770	1105230	1110770
Italien	193540	194460	193540	194460
London	18354000	18446000	18354000	18446000
Neuyork	4189500	4210500	4189500	4210500
Paris	227430	228570	227430	228570
Schweiz	730170	733830	730170	733830
Spanien	546630	549370	546630	549370
D.-Oestert	58,832	59,148	58,832	59,148
Prag	121695	122305	121695	122305
Ungarn	219 450	220,550	219,450	220 550
Argentin.	1296750	1303250	1296750	1303250
Tokio	1995000	2005000	1995000	2005000

Das Bad in der Wilhelmschule

ist wieder an den Donnerstagen von morgens 8 Uhr an geöffnet.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme, die wir während der Krankheit und beim Heimgang meines lieben Gatten und treubesorgten Vaters, Schwiegersohns und Schwagers erfahren durften. Insbesondere für den erhebenden Gesang des Liederkranzes, die trostreichen Worte des Herrn Geistlichen, für die ehrende Begleitung besonders aber von seinen Schulkameraden und Schulkamerädinnen und den Vereinen herzlicher Dank.

Berta Link mit Kindern.
Familie Keßler.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw